

Auer Tageblatt

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen und die Anzeigen der Postenstellen entgegen. — Erscheint wochentlich. Preis pro Stück 10 Pf. Nr. 23.

Anzeiger für das Erzgebirge

Abgabestelle: Die Anzeigen werden in der Redaktion des Auer Tageblattes, Postfach 100, Auer, entgegen genommen. — Preis pro Zeile 10 Pf. Nr. 23.

Telegramme: Auer Tageblatt. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1990

Nr. 27

Sonntag, den 1. Februar 1925

29. Jahrgang

Keine Krisengefahr in Sachsen.

Dresden, 30. Jan. Die Denkschrift, die das sächsische Ministerium für Volkserziehung über geplante Reformen in der Volksschule veröffentlicht hat, gab Anlaß zu sachlichen Auseinandersetzungen zwischen dem Deutschen Volkspartei angehörenden Volkserziehungsminister Dr. Kaiser und einem Vertreter der demokratischen Landtagsfraktion. Gewisse Kreise schrieben nun hieraus sofort auf eine „Gefahr“ für die sächsische Regierungskoalition und glaubten, die zurzeit gespaltene Sozialdemokratie werde sich alsbald einigen, um gemeinschaftlich mit den Demokraten ein „Linkskabinett“ zu bilden. Sowohl von dem gebotenen demokratischen als von rechtssozialistischer Seite wird versichert, daß an eine Sprengung der sächsischen Koalition gar nicht zu denken ist. Die Schulfrage, so sehr sie augenblicklich die Gemüter in Sachsen beschäftigt, ist doch nur von geringerer Bedeutung gegenüber der sächsischen Gesamtpolitik, für die sich die Koalition zwischen Deutscher Volkspartei, Demokraten und Rechtssozialisten aufs Beste bewährt hat, und die durch Einbeziehung der politisch geradwegs ratlosen Linkssozialisten ebenso erschwert würde wie dann, wenn die sächsischen Vertreter der Deutschen Volkspartei dem schlimmen Beispiel, das ihnen im Reich und in Preußen geboten wurde, folgen und der Arbeiterschaft den Rücken kehren wollten.

39 Jahre Garantievertrag!

Rotterdam, 30. Januar. Die „Times“ melden aus Berlin: Es verlautet mit aller Bestimmtheit, daß die erste außenpolitische Aktion des neuen Kabinetts Luther eine Demarche bei allen alliierten Mächten ist, die auf den Abschluß eines gemeinsamen Garantievertrages auf die Dauer von 39 Jahren abzielt.

Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Frankreich.

Paris, 30. Jan. Der Londoner Berichterstatter des „Echo de Paris“ teilt mit, daß in den weiteren Verhandlungen über die Räumung der Rhöner Zone, die demnach auf Grund des Schlußberichtes der Kontrollkommission neu einsehen, ernsthaftige Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Frankreich zu erwarten sind. Der Berichterstatter betont die demokratische Einstellung des zuständigen englischen Ministeriums und bezeichnet folgende Erklärung eines maßgebenden englischen Persönlichkeits:

„Wir haben uns der Ruhrbesetzung widersetzt, da sie nach unserer Auffassung den Bestimmungen des Vertrages widerspricht. Wenn Deutschland seinerseits den Vertrag vertritt, erklären wir uns bereit, Sanktionen zu ergreifen. Nimmt Deutschland aber die aufgestellten Bedingungen an, so muß die Rhöner Zone automatisch geräumt werden, ohne daß Erwägungen der militärischen Sicherheit die Aufrechterhaltung reiferfertigen Wägen.“

Von gut unterrichteter Seite will der Berichterstatter erfahren haben, daß die deutsche Regierung durch Vermittlung Lord d'Wernons erklären ließ, sie sei bereit, 90 Prozent der alliierten Forderungen zu erfüllen.

Reise in Brüssel.

Berlin, 31. Jan. Die Vossische Zeitung meldet aus Brüssel: In den Wandelgängen der Kammer sprach man gestern nachmittag von der nun doch endlich nahenden Krise des Kabinetts Treunis. Die Veranlassung hierzu ist die Abstimmung der Kammer über die Tagesordnung, bei der der Wunsch der Regierung, daß Frauenwahlrecht auf die Tagesordnung zu legen, zwar mit 98 gegen 68 Stimmen angenommen wurde. Außer den Kommunisten stimmte noch ein Teil der Sozialisten für die Annahme der Tagesordnung. Sollte das Frauenwahlrecht von der Kammer angenommen werden, ist kein Zweifel, daß die Liberalen ihren Austritt aus der Regierungskoalition erklären werden.

Friedenskundgebung in Paris.

Paris, 30. Jan. Am Sonntag abend findet im Palais des Trocadero unter dem Präsidium Herrichts eine große Kundgebung zugunsten des „Denkmals der Völkerveröhnung und des Friedens“ statt. An dieser Kundgebung nehmen teil die zum linken Kartell gehörenden Parteien mit einziger Ausnahme der rechten Flügel-fraktion „Radikale Linke“, ferner der Allgemeine Gewerkschaftsbund, die Spitzenorganisation der französischen Freimaurer, die Liga der Menschenrechte, der Verband republikanischer Kriegsteilnehmer, die französischen Friedensgesellschaften und andere Vereinigungen, die dem linken Kartell nahe stehen. Der Ausschuß für dieses Denkmal plant die Errichtung eines „Friedentempels“ auf dem „Nutzigen Schloß“ des Weltkrieges. Alle Wägen sollen zur Widmung angenommen werden.

Ein Sieg der Republik!

Braun wieder Ministerpräsident.

Berlin, 30. Januar. Der sozialdemokratische Abgeordnete Braun ist mit 221 von 435 gültigen Stimmen zum preussischen Ministerpräsidenten gewählt worden.

Bei der Wahl des Ministerpräsidenten wurden abgegeben: 441 Stimmzettel. Es haben also nur neun Abgeordnete gefehlt. Von den 441 Stimmzetteln waren sechs unbeschrieben, also ungültig. Von den 435 gültigen Stimmen entfielen 221, also drei Stimmen über die absolute Mehrheit, auf den bisherigen Ministerpräsidenten Braun, 175 auf den gemeinsamen Kandidaten der Rechtsparteien, den Deutschnationalen Kries, und 39 auf den kommunistischen Abgeordneten Pleß. Das Ergebnis wurde von den Demokraten, Sozialdemokraten und Zentrum mit lebhaften Bravorufen aufgenommen. Ermöglicht wurde die Mehrheit für Braun schon im ersten Wahlgang dadurch, daß die sechs Welfen, die zur Wirtschaftspartei gehören, welche Stimmzettel abgegeben, sich also der Stimme enthalten haben, während am vorigen Freitag die Wirtschaftspartei geschlossen gegen die Regierung stimmte.

Sitzungsbericht.

Berlin, 30. Januar. Die mit großer Spannung erwartete heutige Landtagsitzung verlief ruhig. Gerüchte, die von Obstruktion und Sprengversuchen wussten, trafen nicht zu. Die Tribünen waren überfüllt, das Haus ausgeschmückt. Am letzten Kampftage vor einer Woche schieden von den 450 Mitgliedern des Hauses nur acht, diesmal neun. Wohl alle fehlenden Abgeordneten sind durch Erfrankung entschuldigt. Hingegenommen ist der deutschvolksparteiliche Abg. Gornich, der Krankheitsurlaub erbeten hat.

Zu Beginn der Sitzung meldete sich der Alterspräsident des Hauses, der Zentrumabgeordnete Derold, zur Geschäftsordnung. Er gab die Erklärung ab, daß er bei der zweiten namentlichen Abstimmung am vorigen Freitag verabschiedet gefehlt habe, daß er aber mit der großen Mehrheit seiner Fraktion gestimmt haben würde. Die Erklärung zeigt eine deutliche Spitze gegen die drei Ausbrecher der Fraktion, die aber inzwischen wohl zum Disziplinarkomitee befehrt worden sind. Wie zur Waise des Ministerpräsidenten geschritten wurde, wurde auf demokratische Anregung ein besonderer Untersuchungsausschuß von 29 Mitgliedern eingesetzt für den neuen Fall der demokratischen Landesparlamentarier. Die Mehrheit hat sich für einen besonderen Ausschuß entschieden, damit diese neue Skandalaffäre möglichst bald untersucht werden kann, während man vielleicht noch Monate warten muß, ehe die Staatsanwaltschaft im Ausschuß erledigt ist. Von den Kommunisten wurde noch eine Reihe Obstruktionsträge gestellt, u. a. einer auf Auflösung des Landtages und Neuwahlen im März dieses Jahres, die aber durch geschäftsmäßigen Widerspruch erledigt wurden.

Unter großer Spannung trat nunmehr das Haus in die Wahl des Ministerpräsidenten ein. Die Wahl erfolgte mit verdeckten Stimmzetteln durch Namensaufruf, so daß nicht festgestellt werden kann, für welchen Kandidaten jeder Abgeordnete die Stimme abgegeben hat. Von den Parteien der Weimarer Koalition war der bisherige Ministerpräsident Otto Braun als Kandidat aufgestellt, von den Rechtsparteien der Deutschnationale Abgeordnete v. Kries, von den Kommunisten der Abgeordnete Pleß. Die Wahlhandlung dauerte fast eine Stunde. Da inzwischen bekannt geworden war, daß die sonst zur Wirtschaftspartei gehörenden sechs welfischen Abgeordneten nicht mit der Rechten stimmen, sondern Enthaltung abgeben würden, war die Möglichkeit gegeben, daß der Kandidat der Weimarer Koalition schon im ersten Wahlgang gewählt wurde. Das mitgeteilte Resultat gab dieser Vorausberechnung recht.

Damit war die Tagesordnung erledigt und der Präsident erbat sich die Ermächtigung, im Einvernehmen mit dem Ältestenrat die nächste Sitzung selbständig anberaumen zu dürfen. Die Kommunisten erhoben Widerspruch und wollten ihre Anwesenheitsträge noch erledigt haben. Herr v. Cambs wies daraufhin, daß die nächste Sitzung spätestens am

5. Februar abgehalten werden müsse, da an diesem Tage die Amtszeit des bisherigen Präsidenten abgelaufen sei. Nach der Geschäftsordnung des Landtages muß, nachdem der Präsident einen Monat amtiert hat, eine Veräußerung der ersten Wahl des Präsidenten oder eine Neuwahl stattfinden. Präsident Pleß erklärte, daß er diesen Hinweis des Herrn v. Cambs beachten werde. Die nächste Sitzung wird also höchstens nächsten Donnerstag stattfinden.

Berlin, 30. Jan. Der preussische Ministerpräsident Braun hatte heute abend längere Besprechungen mit den Führern der Landtagsfraktionen des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, bestand Einigkeit darüber, daß der Ministerpräsident zuerst den Versuch machen möge, ein Kabinett der großen Koalition durch Verhandlungen mit der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung wieder herzustellen, daß aber auch beim Scheitern dieser Lösung unter allen Umständen der Versuch einer Kabinettsbildung durch den Ministerpräsidenten Braun fortgesetzt werden soll. Die nächste Plenarsitzung des Landtages wird voraussichtlich am 5. Februar, die Sitzung des Ältesten-ausschusses am 8. Februar abgehalten werden.

Berlin, 31. Januar. Die getrige Wiederwahl des Abgeordneten Braun zum preussischen Ministerpräsidenten wird von der Reichspresse nicht als endgültige Lösung der parlamentarischen Schwierigkeiten betrachtet. Die Deutsche Tageszeitung prophezeit Braun große Schwierigkeiten bei der parlamentarischen Entscheidung über die Weitervertrauensfrage. Die Zeit kündigt Braun schärfste Opposition an für den Fall, daß er die Bildung eines neuen preussischen Kabinetts übernimmt. Die Germania unterstreicht, daß die gesamte Zentrumskraktion mit Ausnahme von zwei schwer erkrankten Mitgliedern an der Abstimmung im Sinne des Fraktionsbeschlusses sich beteiligt hat. Das Berliner Tageblatt erklärt, Braun habe mit der Uebernahme des neuen Mandates zur Kabinettsbildung die Verpflichtung auf sich genommen, die Regierung — nach Lage der Dinge — eine möglichst breite parlamentarische Grundlage zu geben. Die Entscheidung liegt deshalb zwar zunächst bei der Sozialdemokratie, sie komme aber auch von neuem der Deutschen Volkspartei zu. Die Vossische Zeitung bucht die Wiederwahl Brauns aus einem Gewinn für den republikanischen und demokratischen Gedanken. Der Vorwärts schreibt, Braun werde verlassen müssen, besser gesicherte Mehrheitsverhältnisse zu schaffen, die einen Widerstand gegen die Regierung vor 23. Januar ausschließen. Gelingt ihm das nicht, so sei mit der Möglichkeit zu rechnen, daß er die Wahl nicht annimmt.

Kriegsvorbereitungen in Rußland!

Berlin, 30. Jan. Der amtliche englische Botschaftsbericht aus Moskau, daß Trotskis Nachfolger Frunse überall Protestveranstaltungen gegen das Verbleiben Kessarabens bei Rumänien einberufe. Aus Sibirien kommen Nachrichten über große Truppenverschiebungen nach der Grenze. Die sibirischen Eisenbahnen seien mit Militärtransporten überlastet. Gleichzeitig wird berichtet an der Zustandsetzung der Straßen gearbeitet.

Polen will Danzig einstecken.

Warschau, 30. Jan. Der polnische Sejm ratifizierte das Wiener deutsch-polnische Abkommen. Hierunter beschloß die Regierung Aufgaben, die geeignete Schritte zu unternehmen, um durch Aufstellung des gesamten polnisch-danziger Problems Polen aber Danzig einen wahren Zutritt zum Meer zu sichern.

Der deutsch-amerikanische Handelsvertrag.

Berlin, 30. Jan. Die Vossische Zeitung meldet aus New York: Der Handelsvertrag zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten am Montag im Wahnausschuß des Senats verhandelt. Hoover und Houghton sind eingeladen, Erklärungen abzugeben, namentlich über die Gleichstellung der beiden Handelsmarine.

Ein Wohnungsstandal in Frankfurt.

Frankfurt a. M., 30. Jan. Heute früh wurde der Direktor des hiesigen Wohnungsamtes Gressen und andere Beamte des Wohnungsamtes festgenommen, was großes Aufsehen erregte. Die Verhafteten haben dem dringenden Verdacht, zahlreiche Wohnungsbesetzungen gegen hohes Entgelt vermittelt zu haben. Der Schwiegerohn des Direktors soll im Rahmen des Wohnungsamtes ein Wohnungsvermittlungsbüro unterhalten und sich im Besitz seines Schwiegervaters befinden. Die Verhaftung und verschiedene Aussagen haben die Angelegenheit berwickelt.

Ein Riesenschmuggel aufgedeckt.

35 000 Liter Spirit verhaftet.
Rostock, 30. Jan. Der Zollgrenzschutzkommission ist es gelungen, einen riesigen Spirit-Schmuggel aufzudecken. Die die „Meddenburgische Zeitung“ handelt es sich um etwa 35 000 Liter Spirit, die von 150 000 Mark, die aus dem Gutsbezirk auf dem Wasserwege in einer Schiffe nach Rostock geschmuggelt wurden. Die Schmuggler wurden auf der Elbe verhaftet und ging u. a. nach Rostock, Charlottenburg, Lübeck und Hamburg, wozu sie verhaftet wurden.